

## **... ne travaillez jamais!**

*Völlige Flexibilisierung der Arbeitszeiten, fehlender Kündigungsschutz und Individualisierung aller Arbeitsrisiken: Entrechtete Arbeitsverhältnisse sind eine wesentliche Säule der bundesdeutschen Wirtschaft geworden*

Ein Großteil der Erwerbstätigen klammert sich noch an die Hoffnung, prekarierte Arbeitsverhältnisse nicht oder nur vorübergehend eingehen zu müssen. Allerdings ist eine allgemeine Tendenz zur Prekarisierung der Erwerbsarbeitsverhältnisse zu verzeichnen, die sich eher auszuweiten scheint. Gemeint ist damit die Abkehr von der Form des bis in die Mitte der siebziger Jahre als Leitbild dominanten "Normalarbeitsverhältnisses", welches sich durch verhältnismäßig komfortable Bedingungen wie langfristige Beschäftigung und Kündigungsschutz, relativ hohe Löhne und Ansprüche aus der gesetzlichen Sozialversicherung auszeichnete. Diese historische Form war jedoch schon damals nicht für alle Beschäftigten Realität. Sie galt vor allem für den männlichen deutschen Facharbeiter, während nicht-deutsche oder ungelernte ArbeiterInnen in weniger privilegierten Arbeitsverhältnissen beschäftigt waren. Doch gerade diese Arbeitsverhältnisse des zweiten Arbeitsmarktes sollen im Zuge der gewünschten Flexibilisierung zur Norm für viele Beschäftigte werden. Ausdruck dieser Bestrebungen sind Forderungen nach einer generellen Lockerung des Kündigungsschutzes oder des Ausbaus des Niedriglohnsektors im geringqualifizierten Dienstleistungsbereich. Er kämpfte Schutzrechte, die die Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft in erträglichere Bahnen als vor gut 150 Jahren lenkten, erscheinen in der angebotsorientierten neoklassischen Theorie als Ballast und Einstellungshemmnis. Nur vor dem Hintergrund einer anhaltend hohen Zahl an Erwerbslosen, die gegen die Beschäftigten ausgespielt werden und einer Politik, die jede Arbeit zur zumutbaren erklärt, während sie gleichzeitig die Transferleistungen bei Arbeitslosigkeit kontinuierlich kürzt und den Arbeitszwang erhöht, wird die ?Attraktivität? der prekären Arbeit verständlich.

## **Working poor**

Dass diese allgemeine Tendenz zur Prekarisierung sich für eine große Zahl an Menschen schon jetzt deutlich am Geldbeutel bemerkbar macht, zeigt eine aktuelle Studie: Laut dieser leben zwei Millionen Erwerbstätige in Deutschland unter der Armutsgrenze, nimmt man deren Familienangehörige noch hinzu, kommt man auf die beträchtliche Zahl von fünf Millionen Menschen! (1) Damit leben über die Hälfte der acht bis neun Millionen Armen in Deutschland in einem Erwerbstätigenhaushalt.

Die Forderung nach einem Niedriglohnsektor und Deregulierung am Arbeitsmarkt, die diese working poor Lebensverhältnisse hervorbringen, sind im öffentlichen Diskurs auch intensiv zu vernehmen. In ganzseitigen Anzeigen malt beispielsweise eine "Initiative freie soziale Marktwirtschaft", die übrigens auch von dem Marburger Prof. Ulrich Fehl und von Lars P. Feld (auch Universität Marburg) unterzeichnet wurde, unter dem missverständlichen Titel "Chancen für alle" den Untergang des "Standorts" an die Wand.: "Bei den wirtschaftspolitischen Indikatoren liegt Deutschland in einem Ranking von 102 Ländern auf schlechten mittleren, bei einigen Punkten sogar auf katastrophalen letzten Plätzen. Bei den Kriterien "Flexibilität der Lohnfestsetzung" und "Effizienz des Steuersystems" belegt Deutschland den allerletzten, bei der "Praxis von Einstellungen und Kündigungen" den vorletzten Platz der 102 untersuchten Länder. In der Bewertung des "Umfangs verzerrender staatlicher Subventionen" wird Deutschland auf dem ebenfalls unrühmlichen 100. Rang von 102 eingestuft? (2) Daher fordern sie ein "umfassendes Programm der marktwirtschaftlichen Erneuerung, das noch deutlich über die "Agenda 2010" hinaus gehen muss? und das aus "Entrümpelung des Arbeitsrechts", längere und flexiblere Arbeitszeiten, Rückzug des Staates als "Allesversorger", und aufgrund der

"Überregulierung des Niedriglohnssektors" ein stärkeres Setzen auf "Eigenverantwortung" usw.

### **Formalität - Informalität - Illegalität**

Gesicherte vs. ungesicherte Arbeitsverhältnisse sind weniger als strikte Gegensätze, sondern vielmehr als Extreme auf einem Kontinuum möglicher Formen von Erwerbsarbeit zu verstehen. Faktoren, die die jeweils konkreten Ausprägungen beeinflussen und sich wechselseitig verstärken und überlagern, sind neben der mehr oder weniger guten "Humankapital"ausstattung (sind wir nicht alle irgendwie KapitalistInnen) die Herkunft und der Aufenthaltsstatus sowie das Geschlecht. So spiegelt sich auch in prekarierten Arbeitsverhältnissen die "normale" rassistische und sexistische Struktur des deutschen Arbeitsmarktes wieder.

Ebenso wie es Frauen auf dem ersten Arbeitsmarkt oftmals nicht gelingt, ihre mittlerweile im Vergleich zu Männern mindestens gleichwertigen Ausbildungsabschlüsse in entsprechende berufliche Positionen umzusetzen, finden sich auch in prekären Arbeitsverhältnissen überdurchschnittlich viele Frauen. Doch selbst innerhalb dieses Segments kommt es zu einer Hierarchisierung, die Migrantinnen auf die unteren Plätze verweist und den relativen beruflichen Aufstieg von "deutschen" Frauen vielfach erst ermöglicht (3). In stereotypen Projektionen wie der "stets lächelnden thailändischen Kellnerin" vermischen sich rassistische und sexistische Bilder zur Charakterisierung des jeweiligen Arbeitsvermögens. Ein flexibel nach den Bedürfnissen der Ökonomie bzw. einzelner Branchen zu handhabendes Arbeitskräftepotential stellen die für eine Frist von drei Monaten anzuwerbenden SaisonarbeiterInnen dar, die in Zeiten erhöhter Auftragslage oder zur Ernte angeworben werden, um unter miesen Bedingungen körperlich harte, "unqualifizierte" und schlecht entlohnte Arbeit zu verrichten. Diese stehen im Gegensatz zu illegalisierten Arbeitskräften jedoch noch vergleichsweise gut da, da sie relativ wahrscheinlich ihren Lohn ausgezahlt bekommen. Menschen in der Illegalität haben aber per definitionem keine einklagbaren Ansprüche. Genau dies macht sie denn auch zu so attraktiven Arbeitskräften für Unternehmen, die oft bereits implizit in ihren Kalkulationen keine Lohnzahlungen für diese Gruppe einbeziehen. Auf die Rolle der bundesdeutschen Flüchtlingspolitik und die funktionale Bedeutung ihres "dezentralen Lagersystems" für die Regulation des jeweiligen regionalen Arbeitskräftebedarfs hat jüngst Tobias Pieper hingewiesen (4). Dabei kommt er u.a. zu dem Schluss, dass Illegalisierte den Prototypen zumindest eines Großteils der zukünftig abhängig Beschäftigten darstellen: flexibel, ohne soziale Sicherung allein den Anforderungen der Wirtschaft ausgeliefert und durch rechtliche und polizeiliche Repression in der Artikulation ihrer Rechte ruhig gestellt.

### **ProletarierInnen aller Länder unterbietet Euch?**

Und wie reagieren die Gewerkschaften? Statt sich beispielsweise an einigen amerikanischen Gewerkschaften ein Vorbild zu nehmen, die angefangen haben, auch illegalisierte ArbeitnehmerInnen zu organisieren und den Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen gemeinsam zu führen, haben die Gewerkschaften hierzulande migrantische Kämpfe kaum unterstützt. Im Gegenteil: Mit der Einrichtung einer Denunziationshotline, die die Gewerkschaft IG Bau Anfang April unter dem Motto "Ohne Regeln geht es nicht!" eingerichtet hat, ist ein ohne Zweifel ein Tiefpunkt erreicht. Unter dieser kostenlosen Telefonnummer können aufmerksame BeobachterInnen "irreguläres Geschehen auf Baustellen" melden. Die IG BAU arbeitet dabei nach eigenen Angaben eng mit den Fahndern der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) zusammen, die seit Anfang des Jahres für die Kontrolle und Bekämpfung illegaler Beschäftigung eingesetzt ist. "Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, den Behörden in ihrem schweren Kampf gegen die organisierte Kriminalität zu helfen", sagte der IG BAU-Vorstand, "alles andere wäre unterlassene Hilfeleistung." Dabei werden vor allem diejenigen besonders bestraft,

die keine andere Wahl hatten als unter Tarifvertrag zu arbeiten, da sie keine gültigen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis besitzen, während die profitierenden Unternehmen häufig auf irgendwelche Subunternehmen verweisen und so mit kleineren Bußgeldern davonkommen. An die Bezirksverbände der IG BAU sind in den ersten drei Wochen seit Einrichtung der Hotline 140 geprüfte Informationen über illegale Beschäftigung oder Schwarzarbeit gegangen. "Betroffen sind über 400 Einzel-Schicksale von Lohndumping und Ausbeutung in ihrer schlimmsten Form" (5) schreibt die IG- Bau beschönigend, ohne zu nennen, wie viele Menschen durch ihre "Initiative gegen Schwarzarbeit" abgeschoben worden sind. Die rot- grüne Bundesregierung schafft mit dem durch die Hartz- Gesetze noch verstärkten Arbeitszwang in Kombination mit der Einrichtung der sogenannten Minijobs einen neuen Niedriglohn- Sektor, in dem gültiges ArbeitnehmerInnen- Recht völlig ausgehöhlt wird. Während ein Großteil der Berliner Regierungsgebäude von Baufirmen und ihren Sub-Subunternehmen gebaut wurden, auf denen vor allem untertariflich bezahlt wurde, hat sie sich jetzt den Kampf gegen die sogenannte Schwarzarbeit auf die Fahnen geschrieben. Ein von der Bundesregierung eingebrachtes Gesetz schaffte ab 1. August 2002 die Grundlage für engmaschige Kontrollen, härtere Sanktionen und eine bessere Zusammenarbeit der Verfolgungsbehörden. Ziel dieses und einer Reihe weiterer Gesetze ist es vor allem, das Lohndumping und die illegale Beschäftigung auf den Baustellen zurückzudrängen, verlautbart das Bundesfinanzministerium auf seiner Homepage (6).

Unter dem Slogan: "Illegal ist unsozial. Gemeinsam gegen Schwarzarbeit" bringt die Bundesregierung ihre Politiklinie bezüglich Arbeitsrechten auf den Punkt : "Raus aus der Schwarzarbeit - rein in die Ich- AG" / "Schwarzarbeit kostet Milliarden. - Ein Minijob oft nur ein paar Euro" (7). Dabei wird die sogenannte Schwarzarbeit verteufelt und die Ich- AG als Alternative hochgelobt, die zwar staatlich besser kontrollierbar ist, aber bezüglich der Arbeitsbedingungen wohl kaum besser. Dabei sind die rassistischen Züge der Kampagne nicht übersehbar, wenn mensch bedenkt, dass Menschen ohne Papiere offiziell "Illegale" genannt werden. Obwohl statistisch gesehen auf dem "dynamischsten Wirtschaftszweig der letzten 10 Jahre" nur ca. 15% der ArbeiterInnen keinen deutschen Pass haben<sup>8</sup>, wird Schwarzarbeit in der öffentlichen Wahrnehmung als migrantisch geprägt wahrgenommen

### **Endlich wird die Arbeit knapp?**

Die kapitalistische Ausbeutungslogik hat es insbesondere in Zeiten der (geschürten) Angst vor der Arbeitslosigkeit geschafft, wesentliche soziale Errungenschaften, dort wo sie erkämpft wurden, zurückzunehmen oder aufzuweichen. Jetzt kann es aber nicht darum gehen, einfach nur zum "guten alten Sozialstaat" des Fordismus zurückzukehren, der wahrscheinlich gar nicht mehr möglich und noch viel weniger, wünschenswert wäre. Dieser basierte auf geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung inklusive unterbezahlter Reproduktionsarbeit, und seine Errungenschaften waren in erster Linie nur in den Metropolen und dort auch nur für "deren Bürger" zugänglich.

Sehr viel diskutabler erscheint uns deshalb die Forderung nach einem existenzsichernden Einkommen, das für alle unabhängig von Geschlecht, sozialer Herkunft und Nationalität ausgezahlt wird und von der Erwerbsarbeit abgekoppelt ist. "Die Gesellschaften, zumindest in den kapitalistisch entwickelteren Teilen der Welt, (haben) ein Maß an Produktivität erreicht, das die zur Erzeugung der notwendigen Güter und Dienstleistungen erforderliche Arbeit erheblich vermindert hat. Ihr tatsächlicher und potentieller Reichtum lässt es zu, auf den allgemeinen Arbeitszwang als Grundlage ihrer Reproduktion zu verzichten" (9).

Die zur Zeit besser entlohnte Arbeit kann von den "Besser-verdienenden" auch nur geleistet werden, weil sie auf eine Fülle von billigen Produkten und Dienstleistungen zurückgreifen können, die unter prekarierten Bedingungen hergestellt werden. Eine Gesellschaft ist aber auf sämtliche Formen von Arbeit angewiesen und durch einen

bedingungslosen und nicht abzuerkennenden Anspruch auf Existenzgeld, würden die bestehenden Hierarchien mit all ihren Ausgrenzungen und Diskriminierungen maßgeblich unterlaufen werden.

"Auf der Tagesordnung steht eine emanzipatorische Aneignung der Zeit. Damit die Zeitgenossen auch Zeitgenießer werden" (Franz Schandl).

### **Wir wollen alles!**

- (1) Strengmann-Kuhn, Wolfgang (2003): Armut trotz Erwerbstätigkeit. Analysen und sozialpolitische Konsequenzen, Frankfurt
- (2) [http://www.chancenfueralle.de/Datenpool/Artikel\\_themenuebergreifend/World\\_Economic\\_Forum\\_\\_Memorandum.html](http://www.chancenfueralle.de/Datenpool/Artikel_themenuebergreifend/World_Economic_Forum__Memorandum.html)
- (3) Westphal, Manuela (1996): Arbeitsmigrantinnen im Spiegel westdeutscher Frauenbilder, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis 42, S.17-28
- (4) Pieper, Tobias (2004): Das dezentrale Lagersystem für Flüchtlinge. Scharnier zwischen regulären und irregulären Arbeitsmarktsegmenten, in: <http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/prekaer/tobias.pdf>
- (5) (<http://www.igbau.de/db/v2/frameset.pl>)
- (6) <http://www.bmgs.bund.de/deu/txt/spi/spi0402/438.cfm>
- (7) <http://www.bundesfinanzministerium.de/Steuern/Aktuell-.484.24171/Artikel/Strategie-gegen-gewerbsmaessig.htm>
- (8) <http://www.isoplan.de/aid/2003-4/beschaeftigung.htm#Schwarzarbeit>
- (9) [http://www.links-netz.de/K\\_texte/K\\_hirsch\\_infrastruktur.html](http://www.links-netz.de/K_texte/K_hirsch_infrastruktur.html)